

Zusammenfassung Konzeptpapier

Jugendbeteiligung effektiv und nachhaltig stärken

Fraktionsklausur 2022 „Unseren Kindern gehört die Welt – die Kleinsten stark machen!“ der Landtags-Grünen, 15. und 16. September 2022 in Weiden, Oberpfalz

Den jungen Menschen gehört die Zukunft. Wie diese aussehen wird, ist stark von unseren aktuellen Entscheidungen und Handlungen abhängig. Jugendliche müssen daher viel mehr mitreden und mitbestimmen können. Die Landtags-Grünen fordern die **Einführung einer Gesamtstrategie „Jugendbeteiligung für Bayern“**. Sie soll gemeinsam mit jungen Menschen sowie mit der Fachpraxis, Fachpolitik und Wissenschaft entwickelt und implementiert werden.

Ziel unserer Gesamtstrategie ist es, die Lebensqualität in unserem Land zu verbessern, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen und sozialer Benachteiligung vorzubeugen. Es geht darum, Jugendliche zu stärken, ihre Bedürfnisse anzuerkennen, ihre Ideen und Kompetenzen zu nutzen und gemeinsam unsere Demokratie weiterzuentwickeln.

Bei der Jugendbeteiligung sind Verbände, Vereine, Bildungseinrichtungen und andere zivilgesellschaftliche Akteure bereits viel weiter als die Söder-Regierung. Sie setzen Jugendbeteiligung in ihren Strukturen schon lange vielfältig um. Die Landtags-Grünen fordern die Söder-Regierung daher auf, rasch nachzuziehen. Sie muss sicherstellen, dass sich junge Menschen in den Kommunen, in den Landkreisen und im Landtag aktiv beteiligen können. Sie müssen Entscheidungsprozesse aktiv mitgestalten dürfen. Nur so erwerben sie vielfältige Kompetenzen, wachsen als Persönlichkeiten und identifizieren sich mit dem Rechtsstaat.

Zentrale Forderungen:

- **Jugendbeteiligung in der Bayerischen Gemeindeverordnung und der Landkreisordnung verankern**

Junge Menschen müssen in den Kommunen, in denen sie ihren Alltag leben, ein **Recht auf politische Teilhabe** erhalten. Sie müssen ihre Meinungen, ihre Entscheidungen und ihr Engagement unmittelbar sichtbar machen können. Davon profitieren nicht nur die Jugendlichen selbst, sondern auch die Gesellschaft. Denn Beteiligung ist gelebte Demokratie und Engagement für das Gemeinwohl.

Aktuell hängt es vom Wohnort und den dortigen Entscheidungsträger*innen ab, ob junge Menschen auf kommunaler Ebene in Bayern an Entscheidungsprozessen beteiligt werden oder nicht.

- **Einführung eines Jugend-Checks**

Der **Jugend-Check** soll für mehr Gerechtigkeit sorgen. Er überprüft systematisch bei allen Gesetzesvorhaben, wie sie sich auf junge Menschen auswirken. Bei Bedarf führt er zu konkreten **Verbesserungsvorschlägen**. Denn die Entscheidungen der nächsten Jahre werden vor allem für junge Menschen immense Auswirkungen haben.

Die Bundesregierung hat ihre Jugendstrategie bereits veröffentlicht und das Kompetenzzentrum Jugend-Check etabliert. Damit hat sie auf Bundesebene wesentliche Meilensteine für eine jugendgerechtere Politik geschaffen. Bayern muss hier umgehend nachziehen.

- **Barrierefreiheit vorantreiben – Inklusion ermöglichen**

Die UN-Behindertenrechtskonvention schreibt die **gleichberechtigte Teilhabe** von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung fest – Inklusion muss also konsequent mitgedacht werden. Das gilt auch für junge Menschen unterschiedlicher geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung, unterschiedlicher kultureller, sprachlicher oder sozialer Herkunft.

Hierbei ist es besonders wichtig, Informationen **zielgerichtet** zu adressieren, um Berührungspunkte abzubauen. Eine bessere Informations- und Aufklärungsarbeit in Kontakt- und Anlaufstellen soll helfen, Brücken zu bauen und Zugänge für alle Kinder und Jugendliche zu schaffen. Dabei sollte sich Diversität auch in den Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe niederschlagen: Die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung in der Kinder- und Jugendhilfe muss gezielt gefördert werden.

- **Ausbauprogramm „Fachkräfte für die Jugendarbeit“**

Damit die Bildungsangebote auch dauerhaft funktionieren, benötigen wir in Bayern genügend Fachkräfte, die sie anstoßen und begleiten können. Dafür soll ein **Ausbauprogramm** „Fachkräfte für die Jugendarbeit“ initiiert werden.

Ein weiteres Ziel: Möglichst keine befristeten Jobs mehr in Projektstrukturen, damit es nicht zu Fluktuation und dadurch zu Qualitätseinbußen kommt. Generell brauchen wir mehr **unbefristete Arbeitsverhältnisse** für die Fachkräfte, die im Sinne einer starken Jugendbeteiligung auch entsprechend weitergebildet werden.

- **Politische Mitbestimmung an Schulen**

Die Angebote für **politische Bildung** und **Partizipation** für junge Menschen müssen in allen Schulformen weiter ausgebaut werden. Auch beim Ausbau der Ganztagesbildung und -betreuung müssen Jugendbeteiligung und Selbstwirksamkeit als zentrale Grundsätze verankert werden. Zudem müssen Eltern und Kindern in allen Schulen die jeweiligen Angebote aus dem Bildungs- und Teilhabepakt, der Fördervereine und Stiftungen bekannt sein. Für benachteiligte Schüler*innen sollen an den Schulen eigens finanzielle Mittel zur direkten und unbürokratischen Unterstützung zur Verfügung gestellt werden.

- **Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre**

Wer von wesentlichen Entscheidungen betroffen ist, soll auch mitentscheiden dürfen: Durch eine **Änderung der Verfassung** soll das Wahlalter für Staatsbürger*innen von derzeit 18 auf 16 Jahre gesenkt werden. Ebenso soll die Teilnahme an Landtags- und Kommunalwahlen sowie an Volksbegehren, Volksentscheiden, Volksbefragungen und Bürgerentscheiden ab 16 Jahren möglich sein.

Bei der Absenkung des Wahlalters hinkt Bayern **im Bundesvergleich** hinterher: In Deutschland gilt das aktive Wahlalter von 16 Jahren bei der Kommunalwahl bereits in zehn von 16 Bundesländern. Auf Landesebene gilt bereits in Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Brandenburg als aktiv wahlberechtigt, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat.

Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende der Landtags-Grünen, erklärt:

„Wir Grüne wollen mehr Mitbestimmung für Bayerns Jugendliche! Junge Menschen sind so politisch und so aktiv wie schon lange nicht mehr. Und sie sind eine zentrale Gruppe der bayerischen Bevölkerung. Wir Grüne nehmen sie als Teil der Gesellschaft ernst. Für uns ist klar, dass Entscheidungen auch von denen getroffen werden sollen, die sie in Zukunft mitzutragen haben.“

„Politische Beteiligung muss gelernt werden: Wenn junge Menschen aktiv Entscheidungsprozesse mitgestalten, dann erwerben sie vielfältige Kompetenzen. Sie wachsen als Persönlichkeiten, identifizieren sich mit dem Rechtsstaat und erleben, dass sie durch ihr Engagement etwas bewirken können. Daraus erwachsen wiederum Stärke und Kraft für künftige Herausforderungen. Deswegen wollen wir die Jugendbeteiligung in der Bayerischen Gemeinde- und Landkreisverordnung verankern und künftig über einen verbindlichen Jugend-Check alle Gesetzesvorhaben darauf prüfen, wie sie sich auf junge Menschen auswirken.“

Ludwig Hartmann, Fraktionsvorsitzender der Landtags-Grünen, erklärt:

„Für die meisten Jugendlichen beginnt Beteiligung dort, wo sie zu Hause sind und wo sie ihren Alltag leben. Verbände, Vereine oder Bildungseinrichtungen sind der Söder-Regierung hier schon lange voraus - sie setzen Jugendbeteiligung in ihren Strukturen vielfältig um. Der Freistaat muss jetzt endlich nachziehen! Er muss Jugendlichen auch an politischen Entscheidungen der Kommunen, Landkreise und des Landtags beteiligen.“

„Wenn Jugendbeteiligung gelingt, birgt sie vielfältige Potentiale. Davon profitieren nicht nur die Jugendlichen selbst, sondern die gesamte Gesellschaft: Denn wir alle wissen: Beteiligung ist gelebte Demokratie und Engagement für das Gemeinwohl.“

Eva Lettenbauer, jugendpolitische Sprecherin der Landtags-Grünen, erklärt:

„Bei der Entscheidung das aktive Wahlalter auf 16 abzusenken, geht es um ein gerechtes Demokratieverständnis. Junge Menschen ab 16 müssen mitbestimmen können, wer ihre Zukunft gestaltet. Sie leben am längsten mit einmal getroffenen politischen Entscheidungen.“

„Es ist ein Armutszeugnis der CSU-Regierungen, wie mit den politischen Wünschen der Jugend umgegangen wird. Es geht um Gerechtigkeit, und es ist höchste Zeit, dass auch in Bayern junge Leute ab 16 mitabstimmen können – wie in vielen anderen Bundesländern auch.“

Hintergrund:

Das Recht auf aktive Beteiligung an Entscheidungen, die das eigene Leben betreffen, ist im Rahmen der UN-Kinderrechtskonvention global verankert und wird auf Bundesebene im Rahmen einer gemeinsamen „Jugendstrategie der Bundesregierung“ bereits vorangetrieben. Die Europäische Kommission hat das Jahr 2022 zum “Jahr der Jugend” ausgerufen, auch, um Jugendbeteiligung in Form von Mitsprache und Teilhabe explizit zu stärken. Diese Verankerung von Jugendbeteiligung auf internationaler und nationaler Ebene ist wichtig, denn so werden die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen.